

Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen am 14./15. November 2009 in Osnabrück

Resolution:

Die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen vom 14. und 15.11.2009 in Osnabrück fordert die niedersächsische Landesregierung auf, das Recht auf Inklusion in der Schule vollständig und zügig umzusetzen.

Seit 2009 ist die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen auch für Deutschland verbindlich. Damit bestätigt sich die Richtigkeit und Notwendigkeit der Forderung nach einer Schule für alle. Alle Bundesländer stehen vor der Aufgabe, ihre Schulgesetze entsprechend der neuen gesetzlichen Grundlage weiter zu entwickeln und zu konkretisieren.

Auch Niedersachsen muss damit endlich beginnen!

Die LDK fordert die Landesregierung auf, die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vollständig und zügig umzusetzen.

Menschen mit Behinderungen haben einen Anspruch auf volle Teilhabe an der Gesellschaft.

Voraussetzung und Element dieser Teilhabe ist ihre volle Integration in das allgemeine Schulwesen.

Seit Jahrzehnten setzen sich Eltern von Kindern mit Behinderungen nachdrücklich dafür ein, dass deren Zugehörigkeit zur Gesellschaft anerkannt und ihnen die volle Teilhabe am Unterricht der allgemeinen Schule ermöglicht wird.

Wir wollen, dass der unwürdige Bettelgang der Eltern um einen Integrationsplatz ein Ende hat.

Kinder brauchen den uneingeschränkten Rechtsanspruch auf Inklusion, denn der gemeinsame Unterricht wirkt sich positiv auf die Leistungs- und Intelligenzentwicklung der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf aus und fördert die sozialen Kompetenzen aller Schülerinnen und Schüler.

Die sonderpädagogische Förderung in der Schule muss deshalb so weiterentwickelt werden, dass alle Schülerinnen und Schüler **in den allgemeinen Schulen** optimal gefördert werden können.

Dabei muss sichergestellt sein, dass auf keiner Seite ein Qualitätsverlust eintritt.

Die Ressourcen und die Kompetenzen der Fachkräfte der Förder- und Sonderschulen müssen erhalten, weiterentwickelt und schrittweise in die allgemeinen Schulen überführt werden.

Alle allgemeinen Schulen sollen dazu befähigt werden, sich zu öffnen und mit der Verschiedenheit aller Schülerinnen und Schüler konstruktiv umzugehen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat deshalb im Januar 2009 einen entsprechenden Gesetzentwurf zum Schulgesetz und einen Entschließungsantrag in den niedersächsischen Landtag eingebracht, mit welchen die in der UN-Konvention erhobene Forderung nach inklusiven Schulen umgesetzt werden soll. Im Mai hat eine umfangreiche und beeindruckende öffentliche Anhörung von Elterninitiativen, Behinderten- und Bildungsverbänden sowie ExpertInnen die Forderungen dieses Gesetzentwurfs weitgehend unterstrichen.

Die Landesregierung hat jedoch bis heute nichts unternommen, um auf dem Weg zur inklusiven Schule auch nur einen einzigen Schritt voranzukommen.

Weitere Verzögerungen darf es nicht geben!

Die Regierung Wulff muss endlich beginnen, den Rechtsanspruch eines jeden Kindes auf inklusive Schule umzusetzen, statt weiter untätig zu bleiben und sogar noch Schulen mit integrativen Modellen, wie es vielfach die Vollen Halbtagsgrundschulen sind, zu zerschlagen.

Wir begrüßen, dass **Bremen** unter rot-**grüner** Führung in seinem neuen Schulgesetz das Recht auf gemeinsamen Unterricht verankert hat.

Auch **Hamburg** schreibt unter **grüner** Federführung das Recht auf gemeinsamen Unterricht im Schulgesetz fest.

Niedersachsen dagegen ist bei der Inklusion bundesweites Schlusslicht: Nur 4,7% aller Kinder mit besonderem Förderbedarf besuchen eine integrative Schulform.

Hier muss endlich gehandelt werden!

Nur in Einer Schule für Alle kann die Inklusion vollkommen verwirklicht werden.